

Vortrag an den Ministerrat

Übereinkommen zum Schutz der Alpen; XVII. Tagung der Alpenkonferenz; Brig, Schweiz; 26.-27. Oktober 2022; österreichische Delegation

Österreich ist Vertragspartei des Übereinkommens zum Schutz der Alpen (kurz: Alpenkonvention, BGBl. Nr. 477/1995 idF BGBl. III Nr. 18/1999). Zudem hat Österreich alle acht Durchführungsprotokolle im Rahmen der Alpenkonvention sowie das Streitbelegungsprotokoll ratifiziert, sodass diese nach Hinterlegung der Urkunden seit Dezember 2002 in Kraft sind.

Im Zuge der Implementierung dieses als Rahmenvertrag konzipierten internationalen Umweltübereinkommens soll voraussichtlich vom 26. bis 27. Oktober 2022 in Brig in der Schweiz die XVII. Tagung der Alpenkonferenz mit den Umweltministerinnen und Umweltminister der Alpenstaaten Deutschland, Frankreich, Italien, Liechtenstein, Monaco, Österreich, Schweiz und Slowenien sowie des zuständigen Kommissars der Europäischen Union stattfinden. Bei dieser Tagung wird auch die Schweiz den Vorsitz der Alpenkonferenz an Slowenien übergeben.

Im Mittelpunkt der XVII. Tagung der Alpenkonferenz steht auf ausdrücklichen Wunsch des Schweizer Vorsitzes der Verkehrsbereich. Aus diesem Grund werden auch die jeweiligen Verkehrsministerinnen und Verkehrsminister aus den Alpenstaaten und der zuständige EU-Kommissar eingeladen werden. Das Zusammenspiel von Verkehr und Umwelt soll sich in der so genannten „Simplon Allianz“, einem Aktionsplan für die Dekarbonisierung des Verkehrs in den Alpen, manifestieren, der zudem Anstoß für eine alpenweit abgestimmte Verkehrsstrategie sein soll.

Weiters soll das neue Mehrjährige Arbeitsprogramm der Alpenkonferenz (MAP) von 2023 bis 2030 angenommen werden. Als Kernthemen wurden darin Klima, Biodiversität und

Lebensqualität definiert. Überdies kommt es auch zur Annahme des neunten Alpenzustandsberichts zum Themenbereich „Alpenstädte“, mit dessen Hilfe fünf Zukunftsszenarien für alpine Städte entwickelt worden sind.

Ein weiterer Themenblock betrifft traditionell das Klima, wo nun zu dem 2019 von den Ministerinnen und Ministern beschlossenen „Alpinen Klimazielsystem“ und den 2020 angenommenen, dazugehörigen thematischen Pfaden, allesamt unter österreichischem Vorsitz erarbeitet, die vertiefte Umsetzung des ebenfalls 2020 angenommenen Klimaaktionsplans im Mittelpunkt stehen soll. Österreich wird weiterhin, neben der Vorsitzführung im „Alpinen Klimabeirat“ und der Arbeitsgruppe „Naturgefahren“ (PLANALP), die Arbeitsgruppe „Bodenschutz“ leiten.

Für die österreichische Delegation zur XVII. Tagung der Alpenkonferenz wird folgende Zusammensetzung in Aussicht genommen:

Leonore Gewessler, BA
Delegationsleiterin

Bundesministerin für Klimaschutz,
Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation
und Technologie

Mag. Dr. Ewald Galle
Stv. Delegationsleiter

Bundesministerium für Klimaschutz,
Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation
und Technologie

Der Delegation werden im unbedingt notwendigen Ausmaß weitere Expertinnen und Experten des Bundesministeriums für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie und der österreichischen Bundesländer angehören.

Die mit der Teilnahme der Delegation verbundenen Kosten finden ihre Bedeckung in den Budgets der jeweils entsendenden Ressorts und Stellen. Sofern Beschlüsse mit finanziellen Auswirkungen gefasst werden, werden sie aus den dem zuständigen Ressort zur Verfügung gestellten Mitteln bedeckt.

Im Einvernehmen mit der Bundesministerin für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie stelle ich daher den

Antrag,

die Bundesregierung wolle dem Herrn Bundespräsidenten vorschlagen, die Mitglieder der österreichischen Delegation in der oben angeführten Zusammensetzung zur Teilnahme an den Beratungen und Beschlussfassungen der XVII. Tagung der Alpenkonferenz, sowie die Leiterin der österreichischen Delegation, Bundesministerin Leonore Gewessler, BA, und im Falle ihrer Verhinderung den stellvertretenden Leiter der österreichischen Delegation, Mag. Dr. Ewald Galle, zur Unterzeichnung der allfälligen Schlussakte der Konferenz zu bevollmächtigen.

7. Oktober 2022

Mag. Alexander Schallenberg, LL.M.
Bundesminister